

Europaparlament setzt schärferen Stabilitätspakt durch Konsequenteren Sanktionen gegen Defizitsünder



MARKUS FERBER, MdB

Die Jahre 2010 und 2011 sind geprägt von ernsthaften Spannungen im europäischen Währungsraum, die als „Eurokrise“ bezeichnet werden. Ihre Ursachen liegen in der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Euroländer und stehen in einem direkten Zusammenhang mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre. Vor allem die Euro-Staaten, die bereits zuvor einen hohen Schuldenstand, eine wenig wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine negative Leistungsbilanz aufwiesen, gerieten in eine noch schwierigeren Lage.

Die EU arbeitet mit Hochdruck daran, dass ähnliche Krisen, wie wir sie in letzter Zeit erlebt haben, in Zukunft vermieden werden. Dabei ist die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes eines der entscheidenden Instrumente, um künftig frühzeitig auf Fehlentwicklungen in einzelnen Euro-Staaten aufmerksam zu werden, entsprechende Schritte einzuleiten und so das Vertrauen der Kapitalmärkte wieder zu erlangen. Nur strengere automatische Sanktionen für Defizitsünder, besser abgestimmte Wirtschafts- und Haushaltspolitiken der Euro-Staaten

und schnellere Handlungsmöglichkeiten der EU-Kommission werden künftig neue Schuldenkrisen verhindern können.

Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten haben sich nun in langwierigen und harten Verhandlungen um die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf einen Kompromiss geeinigt. Künftig werden Sanktionen gegen notorische Schuldensünder nicht mehr vom guten Willen der Finanzminister abhängen, sondern können quasi-automatisch durchgesetzt werden. Jedem Staat muss in Zukunft klar sein, dass er bei Regelverstößen automatisch mit Sanktionen zu rechnen hat, die nicht mehr verhandelbar sein werden. Mit dieser Entscheidung sendet die EU auch ein wichtiges Signal an die Märkte – nämlich, dass sie dauerhaft zu solider Haushaltsführung bereit ist.

Wie funktioniert der Stabilitäts- und Wachstumspakt?

Laut Maastricht-Vertrag, der 1992 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wurde, müssen Staaten, die den Euro einführen wollen, die vier so genannten Konvergenzkriterien erfüllen. Neben stabilen Wechselkursen und Preisniveaustabilität gehören dazu auch angemessene langfristige Zinssätzen für Staatsanleihen. Auf deutsches Drängen, unter der Führung von Theo Waigel, wurde 1996 ein zusätzlicher Stabilitäts- und Wachstumspakt verabschiedet, der eine übermäßige Verschuldung auch für die Zeit nach Einführung des Euro verhindern sollte. Darin wurden eine Gesamtverschuldung von maximal 60 Prozent des BIPs und eine Neuverschuldung von maximal 3 Prozent des BIPs festgeschrieben. Zusammen mit einer unabhängigen Geldpolitik der EZB hoffte man, die Ängste vor einer mangelnden Preisniveaustabilität der Einheitswährung nehmen zu können. Um eine Schuldenpolitik einzelner Staaten zulasten anderer zu verhindern, wur-

de darüber hinaus vereinbart, dass gegen Sündenländer Sanktionen verhängt werden können. Allerdings folgten diese Maßnahmen bisher keinem Automatismus, sondern waren Einzelfallentscheidungen des Ministerrats. Um die Mitglieder notfalls zu mehr Haushaltsdisziplin zu zwingen, hatte die Kommission bisher zwei Instrumente: Den „Blauen Brief“, wenn die Gefahr bestand, dass ein Staat die 3-Prozent-Hürde der Neuverschuldung überschreiten könnte und das Defizitverfahren, wenn die Neuverschuldung eines Landes den Richtwert von 3 Prozent bereits überstiegen hatte. Auf Basis des Berichts der Kommission entschieden in der Vergangenheit die Finanzminister der Euro-Staaten, ob tatsächlich ein übermäßiges Defizit bestand.

Anders als geplant, führten die europäischen Vorgaben nicht in allen Ländern zu einer echten Stabilitätskultur und einer disziplinierten Haushaltführung. Offensichtlich bestanden zu wenig Anreize die Vorgaben einzuhalten. Auch Deutschland und Frankreich nahmen es mit den europäischen Verschuldungskriterien nicht immer genau, jedoch folgten keine spürbaren Konsequenzen. 2004 sorgte die Rot-Grüne Regierung unter Bundeskanzler Schröder trotz vielfältiger Bedenken für die Aufweichung des Paktes. Deutschland drang darauf, die Regelungen vorübergehend außer Kraft zu setzen und dauerhaft aufzuweichen, weil es selbst die Kriterien nicht erfüllte. Die Rot-Grüne Regierung war es auch, die trotz massiver Warnungen und Gegenstimmen im Jahre 2000 die nachträgliche Aufnahme Griechenlands in die Eurozone durchsetzte.

Reform des Stabi-Paktes:

Der Wirtschafts- und Währungsausschuss im Europäischen Parlament (ECON) hat mit der Annahme der Berichte zu den sechs Gesetzgebungsvorschlägen der EU-Kommission zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und zur >>

>> wirtschaftspolitischen Steuerung („Six Pack“) im April den Startschuss zu den Trilogverhandlungen mit der ungarischen Ratspräsidentschaft und dem EU-Ministerrat gegeben, die nun nach harten Verhandlungen beendet wurden.

Die Vorschläge sind ein Kernelement der umfassenden Antwort zur Stabilisierung und Fortentwicklung der Eurozone. Das Gesetzespaket hat zum Ziel, die Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten und die Überwachung der nationalen Wirtschaftspolitiken zu stärken. Zwei der Vorschläge dienen der Vertiefung der wirtschaftspolitischen Überwachung und vier der Gesetzesvorschläge beziehen sich auf die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Diese zielen darauf ab, die Haushaltspolitiken der EU-Mitgliedstaaten genauer zu beaufsichtigen. Dafür sollen Bestimmungen für den Haushaltsrahmen eingeführt und Durchsetzungsmaßnahmen für die Staaten vorgesehen werden, die ihren Pflichten nicht gewissenhaft nachkommen. Unter dem Begriff Economic Governance entsteht eine neue wirtschaftspolitische Steuerung für den gesamten Euroraum.

Insgesamt setzte sich das Europäische Parlament bei den Verhandlungen im Besonderen für eine bedeutende Rolle der Kommission, eine stärkere Einbindung des Parlaments, für stärkere Automatismen sowie die Stärkung der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten ein. Der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt gilt als Kernelement der wirtschafts- und fiskalpolitischen

Reform der EU und der Währungsgemeinschaft. Er soll verhindern, dass EU- und Euro-Staaten sich weiterhin übermäßig verschulden, was zu einem großen Problem für die gesamte Gemeinschaft werden kann.

Quasi-Automatische Sanktionen:

Das Europäische Parlament hat hart für strengere Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gekämpft und konnte diese am Ende auch durchsetzen. Künftig wird die Einhaltung der Stabilitätskriterien besser als bisher kontrolliert werden können. Der neue Stabilitäts- und Wachstumspakt enthält einen sogenannten präventiven und einen korrektiven Arm. Der jetzt gefundene Kompromiss zum präventiven Arm des Stabilitätspaktes sieht zwei Schritte vor. Er soll rechtzeitig warnen, sobald ein Mitgliedsland Gefahr läuft, zu hohe Haushaltsdefizite und damit zu hohe Schulden anzuhäufen. So wird die EU-Kommission die Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten sehr viel genauer beobachten als je zuvor. Stellt sie fest, dass ein Land gegen die Maßgabe einer vernünftigen und sorgsamsten Haushaltspolitik verstößt, wird sie Empfehlungen zur Haushaltskorrektur aussprechen. Zuerst wird im Rat über die Empfehlung der Kommission zu Korrekturmaßnahmen im Haushalt eines Mitgliedstaats mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt. Wird diese nicht angenommen oder gar nicht erst behandelt, dann kann die Kommission innerhalb eines Monats diese Empfehlung wieder auf den Tisch legen. Der Vorschlag gilt als ange-

nommen, wenn der Rat diesen nicht innerhalb von zehn Tagen mit der umgekehrten einfachen Mehrheit zurückgewiesen hat. Der korrektive Arm des Paktes beinhaltet das so genannte Defizitverfahren, bei dem die Überschreitung des Drei-Prozent-Kriteriums bei der Neuverschuldung geahndet wird. Die Finanzminister sollen künftig Sanktionsvorschläge der Kommission grundsätzlich nur noch mit qualifizierter Mehrheit zurückweisen können. Neu im Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgenommen wurden Elemente zur Überwachung und gegebenenfalls Korrektur von makroökonomischen Ungleichgewichten. Gegen den hartnäckigen Widerstand der Mitgliedstaaten wurde der politische Spielraum der Finanzminister mit der Reform eingeschränkt. Die neuen automatischen Sanktionen sind die einzige Möglichkeit einen echten Anreiz für ein Land zu bieten, um seine Situation zu verändern und die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts einzuhalten. Sanktionen gegen Defizitsünder werden künftig nicht mehr einfach von den Finanzministern weggedrückt werden können.

MARKUS FERBER, MdEP
Vorsitzender der CSU-Europagruppe und
Vorsitzender der CSU Schwaben

Impressum

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann • **Redaktionsschluss:** 11.10.2011 **Produktion/Anzeigen:** WELTBUCH Verlag GmbH, Tel. 0351-4794244, www.weltbuch-media.de

Wir begrüßen die neuen Mitglieder

- Prof. Dr. F. Johannes Kohl, Gröbenzell
- Dr. Peter Matschke, Andechs
- Ergo Lebensversicherungs AG, Ismaning
- Pittroff GmbH & Co. KG, Florian Pittroff, Nürnberg
- Prof. Dr. Eberhard Steiner, München

IHR LEBEN ALS BUCH

Nach Ihren Ideen, aufgeschrieben von einem Berufsjournalisten, nach Ihren Vorstellungen gestaltet, als Foto-Manuskript oder Buch gedruckt, zum Verschenken, zum Vererben oder einfach nur aus Spaß am Dokumentieren*.

*P.S. Texte auch geeignet als: Große Lebensbiografie, Firmen-, Jubiläums- oder Vereinsausgabe, Geburtstags- oder Weihnachtsgeschenk. Redetexte und wissenschaftliche Arbeiten auf Anfrage.

Dr. Ulrich Probst • Tel. 089 3612046



Alles in Textil... bestickt – gewoben – bedruckt – bestrast individuell gefertigt z.B. Trage-/Rucksacktaschen für Kinder & Erwachsene auch Öko-Tex/Bio-Baumwolle

München - Kißlegg - Zürich - Wien
Kerler GmbH Accessoires & Fashionteam
Schwanthaler Str. 100, 80336 München
Telefon: 089 54329890,
Telefax: 089 54343587,
E-Mail: post@kerler.de
Internet: www.kerler.de,
www.kerlergmbh.ch, www.kerler.at

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

es war ein glanzvoller Festakt, den die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft am 28. September aus Anlass des 70. Geburtstags von Ministerpräsident a.D. Dr. Edmund Stoiber organisiert hat. Nahezu alles, was in Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport Rang und Namen hat, hatte sich im Prinzregententheater zu Ehren des früheren Ministerpräsidenten versammelt.

Die Reihe der Gratulanten war lang: José Manuel Durao Barroso rühmte Edmund Stoiber als ebenso leidenschaftlichen Europäer wie engagierten Bürokratiebekämpfer. Bundeskanzlerin Merkel hatte es sich trotz der „schicksalhaften“ Abstimmung über den Euro-Rettungsschirm am nächsten Morgen nicht nehmen lassen, am Vorabend nach München zu kommen und das langjährige gemeinsame Ringen um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu würdi-

gen. Uli Hoeneß, Präsident des FC Bayern München, ging auf die Fußballkompetenz und Fußballleidenschaft des früheren Verwaltungsbeirats- und jetzigen Aufsichtsratsmitglied Stoiber in launigen Worten näher ein. Ministerpräsident Horst Seehofer und vbw-Präsident Randolph Rodenstock blieb es vorbehalten, die politische Lebensleistung Edmund Stoibers für Bayern gebührend herauszustellen.

Edmund Stoiber gehört in der Tat zu den herausragenden bayerischen Ministerpräsidenten. Und zwar auch und in hohem Maße aufgrund seiner wirtschaftspolitischen Leistungen. Bayerns Wirtschaft, seine Arbeitnehmer, seine Menschen verdanken ihm viel. Der Aufstieg des Freistaats in die „Champions League“ der weltweiten Wirtschaftsstandorte ist untrennbar mit seinem Namen verbunden.

Ihm war klar: Arbeitsplätze, Wohlstand, Soziale Sicherheit und sozialer Zusammenhalt hängen entscheidend von der Entwicklung der Wirtschaftskraft Bayerns ab. Unter dem Strich steht eine beeindruckende gesamtwirtschaftliche Erfolgsbilanz, die heute nur noch unverbesserliche Kritiker bestreiten.

Der Wirtschaftsbeirat hatte in Edmund Stoiber immer einen verlässlichen, starken Partner. Weil Stoiber immer den Schulterchluss mit der Wirtschaft gesucht hat – das intensive Gespräch mit den Großen ebenso wie mit den kleinen und mittleren Unternehmen in Industrie, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe. Nicht um ihnen nach dem Mund zu reden, sondern um sich über ihre berechtigten Anliegen zu informieren, diese dann aufzugreifen und im Land, im Bund und zunehmend auf europäischer Ebene in der politischen Rahmgestaltung zu

berücksichtigen und durchzusetzen. Seine vielen, von großer Leidenschaft geprägten Grundsatzreden auf unseren Generalversammlungen waren regelmäßig Höhepunkte im Veranstaltungskalender des Wirtschaftsbeirats.

Unser Blick nach vorn richtet sich in diesen Tagen bereits auf die kommende Generalversammlung. Sie wird nicht, wie sonst üblich, an einem Montag, sondern am Mittwoch, 16. November, im Festsaal des Bayerischen Hofes stattfinden. Als Hauptredner im öffentlichen Teil nach der Eröffnung durch unseren Präsidenten Dr. Otto Wiesheu wird auch in diesem Jahr traditionsgemäß der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer sprechen. Die Eurokrise dürfte dabei nur eines der Themen sein, auf die er eingehen wird. Andere Themen können darüber nicht auf die lange Bank geschoben werden. Dazu zählen eine Pflege reform, die Auswirkungen der Bundeswehrreform auf die bayerischen Standorte und die Umsetzung der Energiewende, um nur einige Punkte auf der Agenda zu nennen. Wir erwarten auch dazu wegweisende Ausführungen.

Der zweite Teil des Nachmittags ist der Verleihung des Ehrenpreises 2011 an Seine Eminenz, Kardinal Reinhard Marx, gewidmet. Wir wollen damit dessen Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft würdigen. Es geht uns gleichzeitig darum zu unterstreichen, dass die wert- und regelgebundene Soziale Marktwirtschaft die beste Ordnung ist, um die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft erfolgreich zu bewältigen.

Ihr Jürgen Hofmann

Biotechnologie – Neue Wachstumsimpulse für Bayern

Seit den 90er Jahren hat sich die Biotechnologie in Bayern aus kleinsten Anfängen heraus insgesamt erfreulich dynamisch entwickelt. Im Zusammenwirken von Grundlagenforschung, Universitätskliniken, Technologietransfereinrichtungen, in- und ausländischem Wagniskapital, aufstrebenden jungen Unternehmen und „Big Pharma“ sowie staatlichen „High-Tech-Offensiven“ ist ein Cluster von internationaler Bedeutung entstanden.

327 Firmen, davon 168 KMU an den Standorten München/Martinsried/ Freising, Regensburg/Straubing, Erlangen/Nürnberg, Bayreuth und Würzburg decken heute in der roten, grünen und weißen Biotechnologie ein breites Spektrum von Geschäftsfeldern ab (Diagnostika, Therapeutika, Regagenzien, DNA/Proteinanalyse, Landwirt-

schaft, Umwelt etc.). Mehr als 3 Mrd. Euro wurden bislang von privaten Geldgebern in bayerische Biotechnologie-Unternehmen investiert. Diese erzielen mittlerweile einen Umsatz von knapp 500 Mio. Euro p.a.. Insgesamt sind heute bereits weit über 30.000 Arbeitnehmer in diesem Bereich beschäftigt, darunter rd. 22.000 in kleinen, mittleren und großen Unternehmen und 10.000 in den Life-Science-Bereichen der bayerischen Forschungseinrichtungen.

Ganz eindeutig dominiert dabei die „biopharmazeutische“ Biotechnologie (rot), die circa 85% der 127 KMU schwerpunktmäßig als ihren Hauptgeschäftsbereich angeben. Während ältere Unternehmen – etwa 2/3 sind älter als 10 Jahre – in der Regel ein grundsolides Geschäftsmodell etablieren konnten, sind viele der jüngeren Unternehmen noch

dabei, mit Produkten die Marktreife zu erlangen oder den ursprünglichen Kundenstamm nachhaltig zu vergrößern. Fünf Medikamente sind mittlerweile am Markt zugelassen, zahlreiche andere stehen vor der Marktreife. Die Produkt-Pipeline ist gut gefüllt.

Der Fachausschuss „Industrie, Technologie und Innovationen“ des Wirtschaftsbeirates hat sich auf einer Expertenveranstaltung Ende Juni eingehend mit den Zukunftsperspektiven der Branche befasst. Im Ergebnis spricht er sich dafür aus, einen weiteren Wachstumsschub einzuleiten. Dazu sollten Neuinvestitionen in Höhe von 500 Mio. Euro p.a. mobilisiert bzw. von außen angezogen werden, um damit sowohl die Weiterentwicklung der existierenden Unternehmen als auch 10 – 20 Neugründungen p.a. finanzieren zu können.

In den lokalen Biotech-KMU könnte sich die Zahl der Arbeitsplätze durch eine Welle von zusätzlichen Investitionen, ausgehend von der heutigen Basis von etwa 3.500 Beschäftigten, in den nächsten zehn Jahren verdoppeln bis verdreifachen, also bis zu 10.000 erreichen. Parallel dazu sollten die bereits ansässigen großen Pharma-Unternehmen gehalten, deren Expansionspläne unterstützt sowie weitere Betriebe angeworben werden.

Der Ausbau der Biotechnologie kann und sollte Teil einer Wertschöpfungs-, Wachstums- und Beschäftigungspolitik im Bereich Life Sciences, Umwelt, Energie- und Ressourcenmanagement sein, wie sie u.a. 2010 auch von McKinsey als „Bayern-weißblau-Strategie“ in einem Vortrag beim Wirtschaftsbeirat umrissen worden ist.

Dafür müssen allerdings die Rahmenbedingungen in mehreren Punkten gezielt weiter verbessert werden:

- Die klassische Kreditfinanzierung von Biotech-Unternehmen scheitert meist an zu hohen Risiken und zu geringen

Sicherheiten. Wir halten deshalb eine bessere Versorgung mit Wagniskapital für notwendig und vordringlich. Sie muss steuerlich besser gefördert werden; insbesondere müssen Verluste auch bei Veränderungen in der Gesellschafterstruktur wieder voll vorgetragen werden können. Staatliche Fördermaßnahmen sollten hinzukommen.

- Die Netzwerkbildung ist auch im Bereich der Biotechnologie weiter zu intensivieren. Wichtig erscheint uns, dass man den Hochschulen klare „Kernkompetenzen“ zuschreibt, diese gezielt stärkt und bewirbt. Dazu ist ein gewisses Maß an Koordination erforderlich.
- Mittel- und längerfristig halten wir die Gründung neuer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und Arbeitsgruppen für wünschenswert, dies auch außerhalb des Großraums München, z.B. in Ost- und in Nordbayern.
- Bei den Fachkräften zeichnen sich derzeit noch keine dramatischen Engpässe ab. Ihnen kann und muss dennoch u.a. durch den Ausbau der biotechnologienä-

hen Lehrstühle und durch eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen proaktiv entgegengewirkt werden.

- Bayern ist mit seiner vitalen Biotechnologieszene ein attraktiver Kooperationspartner auf internationalem Niveau. Darauf sollte die bayerische Ansiedlungspolitik setzen und gezielt nicht nur Vertriebsbüros, sondern vor allem auch F&E- und Produktions-Aktivitäten der Biotechnologie- und Pharmaindustrie aus dem In- und Ausland anwerben.

Nicht zuletzt bedarf es eines klaren politischen und gesellschaftlichen Bekenntnisses zugunsten der Biotechnologie – die grüne Gentechnologie eingeschlossen. Der Wirtschaftsbeirat wird daran mitwirken.

(Die Langfassung des Positionspapiers kann in der Geschäftsstelle angefordert werden.)

PROF. DR. EDWARD G. KRUBASIK,
Vorsitzender des Fachausschusses „Industrie, Technologie und Innovationen“

Wirtschaftsbeirat fördert Unternehmertum

Gründung eines Arbeitskreises im Bezirk München: Unternehmer.Zukunft.Gründen | Führen | Nachfolgen

Entstehung der Unternehmer.Zukunft:

Impulsgeber für die Entstehung des neuen Arbeitskreises im Bezirk München war die lebendige Diskussion auf dem Wirtschaftstag im Mercedes-Benz Center, welcher unter dem Titel „Nachwuchs für den Mittelstand - Unternehmensgründung und Unternehmensfortführung“ am 8. November 2010 stattfand. Die mitunter emotionalen Stellungnahmen von betroffenen Unternehmern führten zur Gründung im Januar und Februar 2011, welcher durch die Unterstützung von Hans Hammer, Vorstand des Bezirks München ermöglicht wurde. Die Gründungsmitglieder selbst repräsentieren dabei einen Querschnitt durch die Generationen und sind jeder für sich in die Thematik Gründen, Führen und Nachfolgen involviert. Unter der Leitung von Prof. Dr. Wickenhäuser, Claus Nowak, Kathrin Keßler und Thomas Jäger hat sich eine dynamische Arbeitsgruppe entwickelt.

Selbstverständnis der Unternehmer.Zukunft:

Die Ziele des Arbeitskreises leiten sich unmittelbar aus den Problemstellungen der

Betroffenen ab. „Mit themenbezogenen Projektgruppen, die sich eigenverantwortlich über einen Zeitraum von ca. einem Vierteljahr regelmäßig zu kleinen Arbeitskreisen treffen, möchten wir eine neue Herangehensweise an die Themen ermöglichen“, so der Arbeitskreis über sein Selbstverständnis. „Inhaltlich orientieren wir uns an dem Forderungskatalog des Münchner Mittelstandes, welcher aus der Veranstaltung am 08. November entstanden ist. Wir möchten gemeinsam mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik aus der Praxis berichten und so Beispiele und Kriterien für erfolgreiches Gründen, Führen und Nachfolgen weitergeben. Dazu gehört auch ein lebendiger, strukturierter Erfahrungsaustausch zu Themen, Wissen und Werkzeugen. Weichere Themengebiete wie Lebensplanung & Work-Life-Balance, Vertrauensaufbau zwischen den Generationen und Schaffung eines privaten Raumes für Gründer, Unternehmer und Nachfolger halten wir ebenfalls für wichtig.“

Kick-Off-Veranstaltung in neuem Format:

Die erste Veranstaltung des Arbeitskreises am 26. November ist der Start für eine vitale Auseinandersetzung mit dem Themenbogen Gründen, Führen und Nachfolgen und lädt zur aktiven Teilnahme und Diskussion ein. Die Entwicklung des

neuen Veranstaltungsformats ist die konsequente Weiterentwicklung des Münchner Wirtschaftstages, welcher mit seiner offenen Diskussion bereits die Möglichkeit zum gemeinsamen Gespräch einräumte. Der Arbeitskreis löst sich von der klassischen Vortragsstruktur, neben Impuls-Reden zur Eröffnung der Veranstaltung finden keine festen Vorträge oder Reden statt. Die Veranstaltung bietet den Teilnehmern vielmehr den Raum und die Möglichkeit, sich an präparierten Thementischen untereinander, auch im Diskurs, auszutauschen. Je ein Mitglied des Arbeitskreises wird als Moderator am Tisch fungieren, so dass lebendige Gespräche garantiert sind. Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik unterstützen zusätzlich als Mentoren. Die Teilnehmer können sich partizipativ je nach Interessenschwerpunkt in die Diskussionen einbringen, ein Wechsel von Tisch zu Tisch unterstützt die Lebendigkeit der Veranstaltung. Durch die entsprechende Präparation der Tische können die Teilnehmer ihre Gedanken und Beiträge schriftlich auf den Tischen platzieren. Den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats wird eine Plattform zur Weitergabe von Erfahrungen und Wissen geboten, junge Unternehmer und neue Mitglieder können davon profitieren und ihre Sichtweisen einbringen.

CLAUS NOWAK

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken



▲ Medienausschuss am 13. September

Mit einem Vortrag über die journalistischen Herausforderungen des Fernsehens im digitalen Zeitalter startete der Medienausschuss am 13. 9. in den Herbst. Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF, umriss die strategische Aufstellung des Zweiten Deutschen Fernsehens zwischen klassischem „linearem“ Fernsehen und der neuen Internetwelt. V.l.n.r. Ausschussvorsitzender Dr. Thelen, Chefredakteur Dr. Frey, Generalsekretär Dr. Hofmann.



◀ Medienausschuss am 22. September

Der Filmstandort München stand im Mittelpunkt einer weiteren Veranstaltung des Medienausschusses am 22.9., Uschi Reich, Geschäftsführerin der Bavaria Filmverleih und Produktions-GmbH, und Martin Moszkowicz, Vorstand des Constantin Film AG, beleuchteten die Perspektiven vor dem Hintergrund der nationalen und internationalen Konkurrenz. Fazit der regen Diskussion: München darf sich nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen. V.l. n.r. Uschi Reich, Martin Moszkowicz, Dr. Thelen.



▲ Außenwirtschaftsausschuss am 29. September

Zu einer Diskussion über die Zukunft der Europaregion Donau-Moldau hatte der Außenwirtschaftsausschuss am 29.9. eingeladen. Josef Hlobil, Generalkonsul der Tschechischen Republik, und Manfred Weber, Stv. Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Bezirksvorsitzender der CSU Niederbayern, hoben in ihren Statements die Chancen dieser Region zwischen den Metropolen München, Nürnberg, Prag, Wien hervor und plädierten leidenschaftlich für eine engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf vielen Feldern aus der Mitte der Region heraus. V.l.n.r. Bernd Pantze, Stv. Vorsitzender des Außenwirtschaftsausschuss, MdEP Weber, Generalkonsul Hlobil, Generalsekretär Dr. Hofmann



▲ Bezirk Kempten am 20. September

Als Konsequenz aus der schweren Finanzkrise die Finanzmärkte sollen die Finanzmärkte stärker reguliert werden. An die Stelle von Basel II wird Basel III treten. Prof. Dr. Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, ging am 20. 9. vor vollbesetztem Saal in der Big Box in Kempten beim dortigen Bezirk auf die Auswirkungen für die Mittelstandsfinanzierung ein.



▲ Arbeitskreis Kirchen am 30. September

Das traditionelle Klosterwochenende führte den Arbeitskreis Kirchen unter der Leitung von Prof. Dr. Martin Balle vom 30.9. bis 1.10. nach St. Englmar. Abt Marianus Bieber, Benediktinerabtei Niederaltaich, äußerte „Gedanken zur Zeit aus benediktinischer Sicht“. Bild unten: „Körperliche Er-tüchtigung“ am nächsten Morgen.

Terminvorschau

30. Oktober, Bamberg

Bezirk Bamberg: Ministerialrat Dr. Gerd von Laffert, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie „Energieversorgung 2022 – Was kommt nach der Energiewende jetzt konkret auf uns zu?“

31. Oktober, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Dr. Rüdiger Grube, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Bahn AG und der DB Mobility Logistics AG „Herausforderungen und Perspektiven für die Deutsche Bahn AG und den Schienenverkehr in Deutschland und Europa“

10. November, Passau

Bezirk Passau: Rückblick Ungarn-Reise

11. November, Passau

Ausschuss für Tourismus: Hans-Peter Leu, SBB Personenverkehr Bern; Christoph

Leu, STS AG Freiburg im Breisgau; Josef Kaiser, Passau Card; „Integrierte Angebote – Integriertes Ticketing“

14. November, Fürth

Bezirk Mittelfranken: Prof. Dr. med. Dipl. Psych. Frank Erbguth, Leitender Arzt der Klinik für Neurologie im Klinikum Nürnberg Süd, „Chancen und Kontroversen in der modernen Hirnforschung: Hirndoping – Gedankenlesen – Freier Wille“

15. November, München

Ausschuss für Medienpolitik: Dr. Ludwig Spaenle, MdL, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus, „Ende der Kreidezeit – Digitale Medien in der Schule“

16. November, München

Generalversammlung des Wirtschaftsbeirates Bayern

21. November, München

Bezirk München: Münchner Wirtschaftstag, Dr. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit; Horst

Schneider, Mitglied des Vorstandes TÜV Süd AG; u.a. „Megatrends der Nachhaltigkeit – Umwelt und Gesundheit – Neue Anforderungen an Unternehmen“

23. November, Schwandorf

Bezirke Regensburg, Weiden, Jurakreis gemeinsam mit der Handwerkskammer Niederbayern/Oberpfalz

24. November, München

Ausschuss für Umweltpolitik: Prof. Dr. Gerhard Wenzel, bis 2010 Dekan des Wissenschaftszentrums Weihenstephan der echnischen Universität München „Grüne Gentechnik – wohin geht die Entwicklung?“

5. Dezember, Würzburg


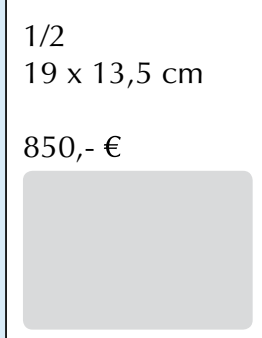
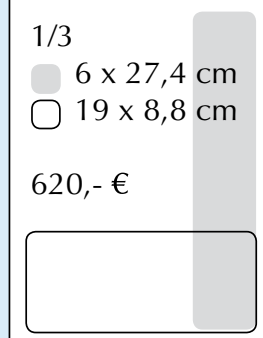
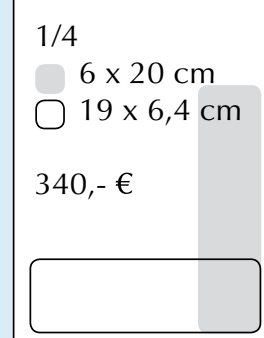
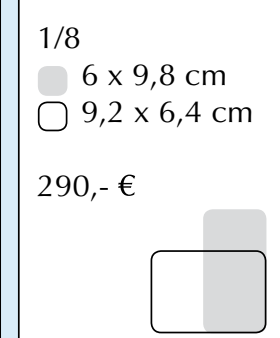
Bezirk Würzburg: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

6. Dezember, München

Ausschuss für Medienpolitik: Jürgen Doetz, Präsident des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien e.V.

Anzeigen im bringen Kontakte!

Anzeigen bequem und formlos per E-Mail oder Fax buchen oder Mediadaten anfordern unter: weltbuch@mac.com oder Fax: 0351-4794245

<p>1/1 19 x 27,4 cm 1.320,- €</p> 	<p>1/2 19 x 13,5 cm 850,- €</p> 	<p>1/3 <input type="checkbox"/> 6 x 27,4 cm <input type="checkbox"/> 19 x 8,8 cm 620,- €</p> 	<p>1/4 <input type="checkbox"/> 6 x 20 cm <input type="checkbox"/> 19 x 6,4 cm 340,- €</p> 	<p>1/8 <input type="checkbox"/> 6 x 9,8 cm <input type="checkbox"/> 9,2 x 6,4 cm 290,- €</p> 
--	--	--	---	--

Anzeigenschaltung:

Format (dazugehöriger Preis s. o.): 1/1 1/2 1/3 1/4 1/8

Ausgabe 2011: Nov. Dez **Ausgabe 2012:** Jan Feb Mrz Apr Mai Juni Juli/Aug Sept Okt Nov Dez

Wir buchen fest eine und/oder mehrere Anzeige(n) im angekreuztem Format und Monat. Bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung!

Firma Ort/Datum

Frau/Herr.....

Telefon

Fax

E-Mail Unterschrift / ggf. Stempel